

»» NEWSLETTER ««

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 22. März 2024



In dieser Ausgabe

Bezahlkarte

Bauen und Wohnen

Bekämpfung von
Kinderehen

Trennung von Netz und
Betrieb bei
der Deutschen Bahn AG

Agrardiesel

Einjahres-Bilanz des
"Bildungsgipfels"

Sicherung der Bündnis-
und Verteidigungs-
fähigkeit

Terminvorschau

»»» LIEBE LESERINNEN UND LESER,

einer unserer Schwerpunkte in dieser Sitzungswoche ist unser Gesetzentwurf zur bundesweiten Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber, die der Eindämmung der irregulären Migration dienen soll. Die Lage vor Ort in den Landkreisen, Städten und Gemeinden entspannt sich nach wie vor nicht. SPD, Grüne und FDP sind seit Monaten zerstritten. Daher ergreift die Union nun die Initiative. Die Abstimmung wird deutlich machen, ob die Regierungskoalition Koalition zu der Vereinbarung mit den Ländern vom November steht.

Um der Verantwortung zum Schutz von Kindern gerecht zu werden, braucht es Nachbesserungen beim Verbot von Kinderehen. Das bestehende Verbot läuft zum 30. Juni diesen Jahres aus, weswegen wir die Ampel dazu drängen, schnellstmöglich einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Liegt bis Fristende kein verfassungsgemäßes Gesetz vor, kippt das Verbot.

Zudem hat die CDU/CSU-Fraktion eine Aktuelle Stunde zum Kampf gegen Antisemitismus in Deutschland beantragt. Dabei geht es vor allem um das erschreckende Ausmaß an Antisemitismus in Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen sowie im Kunst- und Kulturbetrieb.

Gespannt blicken wir am Freitag auch in den Bundesrat: Das umstrittene Gesetz zur Cannabis-Legalisierung wird dann dort verhandelt. Es ist zu wünschen, dass der Bundesrat das Gesetz in den Vermittlungsausschuss überweist. Die Legalisierung ist und bleibt gesundheitspolitisch unverantwortlich.

Mehr dazu sowie weitere Themen finden Sie im Folgenden.

Alles Gute

Ihr Hermann Färber



GESETZENTWURF ZUR EINFÜHRUNG EINER BEZAHLKARTE IM ASYLBEWERBERLEISTUNGSGESETZ

Erst auf großen Druck der CDU/CSU erklärte sich der Bundeskanzler in der Ministerpräsidentenkonferenz am 06.11.2023 dazu bereit, die Rechtsgrundlage für die bundesweite Einführung von Bezahlkarten für Asylbewerber (Bezahlkartengesetz – BezahlkG) zu schaffen. Mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bestand Einigkeit, Barauszahlungen an Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) weiter einzuschränken mit dem Ziel, Anreize zur irregulären Migration nach Deutschland zu reduzieren und ebenso den Verwaltungsaufwand bei den Kommunen zu minimieren. Diese Leistungen sollen künftig bundesweit durch die Ausgabe von Bezahlkarten gewährt werden können. Dazu ist allerdings notwendig, gesetzliche Anpassung im AsylbLG vorzunehmen. Soweit der Rückblick.



Bildquelle: Canva.

Leider liegt bisher immer noch kein geeinter Gesetzentwurf der Regierungskoalitionen SPD, Grüne und FDP vor, da die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen der eigenen Bundesregierung die Zustimmung verweigert. Diese neueste Episode im endlosen Streit der Bundesregierung sagt viel aus über die mangelnde Autorität des Bundeskanzlers in seiner eigenen Koalition.

Dem Wunsch der Bundesländer folgend legen wir nun einen eigenen Gesetzentwurf für eine rechtssichere Grundlage für die Einführung von Bezahlkarten vor. Unserer Auffassung zufolge ist es - angesichts des aktuellen Zustroms von Asylbewerbern, der die Kommunen überfordert und Deutschland an seine Belastungsgrenze bringt - richtig, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz möglichst in Form von Sachleistungen oder mittels Bezahlkarte zu erbringen.



[Hier geht 's direkt zu unserem Antrag](#)

WIRKSAME MASSNAHMEN FÜR BEZAHLBARES BAUEN UND WOHNEN ERGREIFEN



Bildquelle: Canva.

Deutschland ist in einer Wohnungsbaukrise und die Lage ist dramatisch: Die Baugenehmigungszahlen brechen flächendeckend ein, die Auftragsbücher der Unternehmen laufen leer und Projekte werden reihenweise storniert. Die Folge: Einige Unternehmen mussten bereits Insolvenz anmelden, viele andere sind in eine bedenkliche finanzielle Schieflage geraten. Es gibt bereits Kurzarbeit und erste Entlassungen. Die Ampel-Regierung hat bisher alle Hilferufe aus der Bauwirtschaft ungehört verhallen lassen. Leidtragende sind die Menschen, die auf der Suche nach einer bezahlbaren Wohnung sind.

Die Bauwirtschaft ist ein tragender Pfeiler unserer Konjunktur. Angesichts dieser dramatischen Lage auf dem Wohnungsmarkt muss gegengesteuert werden. In unserem Antrag fordern wir daher einen Dreiklang aus steuerlichen Maßnahmen, gezielter Förderung und der Senkung von Bau- und Baunebenkosten. Der Staat muss vom Kostentreiber des Wohnungsbaus zum Impulsgeber werden. So erhalten wir Baukapazitäten und schaffen Raum für bezahlbares Bauen und Wohnen.



GESETZ ZUR BEKÄMPFUNG VON KINDEREHEN UNVERZÜGLICH NACHBESSERN

Mit dem im Jahr 2017 verabschiedeten Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen wurden sogenannte "Frühehen", die im Ausland geschlossen wurden und bei denen mindestens eine Person unter 16 Jahre alt war, in Deutschland für unwirksam erklärt. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte grundsätzlich das Verbot solcher Ehen. Es betonte jedoch die Notwendigkeit, die Folgen unwirksamer Ehen zu regeln. Dies betrifft insbesondere Unterhaltsansprüche für die betroffenen Minderjährigen und die Möglichkeit, eine unwirksame Ehe mit Eintritt der Volljährigkeit – unter bestimmten Schutzmaßnahmen – zu bestätigen. Wenn der Gesetzgeber bis zum 30.06.2024 keine Neuregelung trifft, tritt die Regelung insgesamt außer Kraft – mit dem Ergebnis, dass im Ausland geschlossene Ehen mit unter 16-Jährigen wirksam werden. Die Bundesregierung muss daher dringend tätig werden, um das Verbot von Kinderehen aufrechtzuerhalten und den Schutz der betroffenen Kinder zu gewährleisten.

Die CDU/CSU fordert klare und effektive Regelungen, um das Wohlergehen der betroffenen Kinder zu schützen und gravierende Nachteile beim Schutz von Minderjährigen zu verhindern. Kinderehen müssen in Deutschland auch weiterhin verboten bleiben. Dazu braucht es schnellstmöglich einen Gesetzentwurf durch die Bundesregierung, um die Rechte und das Wohlergehen der betroffenen Minderjährigen zu schützen. Eine Nachbesserung des Gesetzes zur Bekämpfung von Kinderehen ist unabdingbar, um schwerwiegende Folgen für das Kindeswohl und die Rechtslage in Deutschland zu vermeiden.

[Hier geht 's direkt zur Debatte](#)



TRENNUNG VON NETZ UND BETRIEB BEI DER DEUTSCHEN BAHN AG - BAHN NEU AUFSTELLEN



Bildquelle: Canva.

Unpünktlichkeit, kaputte Züge und Unzuverlässigkeit sind bei Zugreisen trauriger Alltag. Das erleben auch viele Menschen bei uns im Landkreis. Besonders sind diejenigen betroffen, die auf Bahn und ÖPNV angewiesen sind.

Der Betrieb auf der Schiene ist notorisch überlastet, obwohl die angestrebte Verlagerung von anderen Verkehrsträgern auf die Schiene nicht erreicht wurde. Die Deutsche Bahn hat die notwendigen Investitionen in den Aus-, Um- und Neubau der Schiene nicht getätigt. Dabei hat sie vom Eigentümer Bund dafür viele Milliarden Euro erhalten, unter anderem über die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen I bis III und das "1.000 Bahnhöfe-Programm".

Die Ampel plant aktuell nur geringfügige Änderungen bei der Bahn - weit entfernt von einer echten Reform.

Die CDU/CSU fordert in ihrem Antrag eine grundlegende Neuaufstellung des Unternehmens sowie einen echten Quantensprung im Personen- und Güterverkehr. Wir schlagen vor, die Infrastruktur vollständig vom Transportbereich zu trennen. Die Struktur von über 700 Tochterunternehmen muss entflochten werden. Die Vorgaben des Bundes müssen künftig verbindlich umgesetzt werden. Der Verkehrsminister sollte hierfür mehr Einflussmöglichkeiten erhalten, dafür dann aber auch die Gesamtverantwortung für die Umsetzung der Bahnpolitik tragen.



[Hier geht 's direkt zu unserem Antrag](#)

➤➤➤ AGRARDIESEL-STEUERENTLASTUNG FÜR UNSERE LANDWIRTSCHAFT UNVERZICHTBAR



Die CDU/CSU setzt sich weiter entschieden für die Fortführung der steuerlichen Entlastung beim Agrardiesel ein. Mit einem Antrag haben wir unsere Position in dieser Sitzungswoche nochmals deutlich gemacht.

Wir beobachten mit Sorge, dass die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft in Deutschland – wie auch andere Wirtschaftszweige – sich in einer Krise befinden. Die geplante Abschaffung der Steuerentlastung beim Agrardiesel durch die rot-grün-gelbe Bundesregierung ist – ungeachtet der zwischenzeitlich erfolgten Abschwächung der Sonderbelastungen – ein erheblicher Nachteil für unsere Landwirtinnen und Landwirte und eine Schwächung der landwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit.

Die CDU/CSU-Fraktion fordert daher die Bundesregierung auf, die Agrardiesel-Steuerentlastung dauerhaft fortzuführen. Diese Maßnahme ist unverzichtbar, um die heimische Land- und Forstwirtschaft in diesen herausfordernden Zeiten zu unterstützen und ihren Beitrag zur Sicherung der Ernährung und zum Erhalt der Kulturlandschaft in Deutschland abzusichern.



Bildquelle: Canva.



[Hier geht 's direkt zu unserem Antrag](#)

➤➤➤ EINJAHRES-BILANZ DES "BILDUNGSGIPFELS" - "PISA-OFFENSIVE" FÜR DIE FRÜHKINDLICHE BILDUNG STARTEN

Am 14. März 2024 jährte sich der von Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger einberufene sogenannte Bildungsgipfel. Zu diesem Anlass zieht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit ihrem Antrag in dieser Woche Bilanz.



Bildquelle: Canva.

Wir stellen fest: Der Bildungsgipfel blieb bis heute ohne Ergebnis. Leider führen vielmehr Haushaltskürzungen, auslaufende Bildungsprogramme und fehlende Bekenntnisse zu versprochenen Bildungsmaßnahmen zu einer dramatischen Planungsunsicherheit für Länder, Kommunen, Kindertageseinrichtungen und Schulen. Angesagt wäre seitens des Bundesbildungsministeriums eine engere Zusammenarbeit mit den Ländern. Das Gegenteil ist der Fall: Viel zu oft wurden durch die Ministerin Entscheidungen vertagt und gemachte Zusagen wieder infrage gestellt. Die Länder fordern deswegen zu Recht, sich endlich wieder auf gemachte Zusagen und Zeitpläne der Bundesbildungsministerin verlassen zu müssen.

Die CDU/CSU mahnt die Bundesregierung eindringlich, die wirtschaftlichen Auswirkungen der bildungspolitischen Herausforderungen nicht zu unterschätzen. Wirtschaftsverbände schlagen bereits längst Alarm. Betriebe bemängeln das sinkende Kompetenzniveau von Schulabgängern und fürchten um ihren Fachkräftenachwuchs. Nach wie vor ist eine der zentralen bildungspolitischen Herausforderungen die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der Unterstützung im Elternhaus, die durch eine Stärkung der frühkindlichen Bildung gesenkt werden muss.



SICHERUNG DER BÜNDNIS- UND VERTEIDIGUNGSFÄHIGKEIT

Mit unserem Antrag "Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit nachhaltig sichern – Strategie zur Stärkung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie umgehend anpassen" fordern wir die Überarbeitung des Strategiepapiers der Bundesregierung zur Stärkung der Verteidigungsindustrie. Angesichts neuer Bedrohungen muss die Bundesregierung die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie als national unverzichtbare Schlüsselbranche anerkennen. Deren Förderung, Erhalt und Ausbau muss sichergestellt sein.

Nach Auffassung der CDU/CSU ist dafür der Aufbau nationaler Kompetenzen und Kapazitäten, eine transparente Ausfuhrkontrolle sowie die Anpassung des Beschaffungsprozesses der Bundeswehr mit dem Ziel der frühzeitigen Einbeziehung der Industrie notwendig.



[Hier geht 's direkt zur Debatte](#)
oder [direkt zu unserem Antrag](#)

Auszüge aus meinem Terminkalender



TERMINVORSCHAU

24. März 2024 | 10 Uhr:

Frühschoppen mit der CDU Kuchen, Waldheim Germania, Kuchen.

24. März 2024 | 17 Uhr:

Osterempfang der CDU Donzdorf, Hotel-Restaurant Becher, Donzdorf.

28. März 2024:

Besuch im Wahlkreis von Detlef Seif MdB (CDU), Kreis Euskirchen.

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de